Erscheint an jedem Werktag. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und Postboten entgegen.

Bezugspreis im März ℳ 1.60 einschl. Trägerlohn, Einz.-Nr. 10 Goldpfg., Grundpreis f. Anzeigen: Die einspaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 12 Goldpfennige, Reklamen 35 Goldpfennige, Familienanz. 10 Goldpfennige. Bei gerichtl. Beitreibung und Konkursen ist der Rabatt hinfällig.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

mit der Heimatbeilage „Unsere Heimat"

Nagolder Tagblatt

mit illustrierter Sonntagsbeilage „Feierstunden"

Schriftleitung, Druck und Verlag von G. W. Zaiser in Nagold (Inhaber Karl Zaiser) Nagold.

Verbreitetste Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Für mittel. Aufträge ohne besondere Gewähr. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold.

Postscheckkonto: Stuttgart 5113.

Nr. 63 | Gegründet 1826. | **Freitag den 14. März 1924** | Fernsprecher Nr. 29. | **98. Jahrgang**

Tagesspiegel

Durch eine Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. März 1924 wurde der Reichstag aufgelöst.

Der päpstliche Sondergesandte Testa ist in Koblenz eingetroffen.

Die Könige von Schweden und Griechenland sind zu einem längeren Aufenthalt in Neapel eingetroffen.

Die Arbeiterpartei hat im englischen Unterhaus den Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe, mit Ausnahme des Heeres, eingebracht. — Nach einem neuen Gesetz werden die Weiber bei Pferderennen besteuert.

In London streiken 7000 Kraftwagenführer.

Ein spanisches Kanonenboot hat ein englisches Segelschiff aufgebracht, das den Rifstämmen in Marokko Waffen bringen wollte.

In Griechenland ist wieder einmal ein neues Ministerium unter Paganastasias gebildet worden.

Die indische gesetzgebende Versammlung in Delhi hat den Haushaltplan der (englischen) Regierung für Indien verworfen. Die Regierung wird sich nicht daran kehren und der Regierungsvertreter nannte die Ablehnung eine törichte Kundgebung. Die Regierung in London dagegen ist peinlich berührt.

Die Goldkreditbank

In einem Augenblick, da sich die Krisis des französischen Franken zu einem, wie es scheint, unaufhaltsamen Sturze zu wandeln scheint, baut Deutschland seine Währungsreform weiter aus. Durch die Gründung der Rentenbank haben wir die Wohltat einer festen Währung genossen, haben wieder rechnen und wirtschaftlich denken gelernt, haben dadurch den Grundstein zum Wiederaufbau unserer Produktion auf Grund gesteigerter Arbeit und verbesserter Methoden gelegt und können daher die Gründung einer Goldkreditbank ruhiger beurteilen.

Diese Bank ist ein neuer Schritt des Ueberganges zur Goldwährung, aber noch nicht die Goldwährung selbst. Die Zwischenschaltung der Rentenbank ist ein Segen gewesen. Damals im November 1923, als Deutschland wirtschaftlich und politisch dem Untergang nahe schien, hätte die Goldkreditbank das erforderliche Vertrauen beim in- und ausländischen Finanzkapital nicht gefunden. Ein Fehlschlag wäre aber von unberechenbaren Folgen für unsere Wirtschaft gewesen. Die Rentenbank hat aber die auf sie gesetzten Hoffnungen reichlich erfüllt und wird noch auf Monate hinaus die zuverlässige Trägerin unseres inneren Geldumlaufs sein.

Unsere Wirtschaft ist an Barkapitalien und an Kredit vollkommen verarmt; nur ganz allmählich können wir uns wieder emporarbeiten. Die letzten Jahre hatten wir für solche Not immer ein sehr bequemes Mittel bereit, dessen sich jetzt auch Frankreich bedient, die Inflation. Aber dieses Mittel wollen und dürfen wir heute nicht wieder anwenden, nachdem wir es einmal als das betäubende Gift der Wirtschaft erkannt haben. Der Geldnot konnte nur dadurch abgeholfen werden, daß wirkliches Kapital auf dem Kreditweg herangezogen und unserer Wirtschaft zur Verfügung gestellt wurde.

Die Welt, die anfangs gegenüber der Rentenmark nicht wenig Zweifel zeigte, hat inzwischen gesehen, daß wir durch eigene Kraft, durch große Opfer, durch enorme Willensanspannung uns doch schon ein gutes Stück aus dem Sumpf des Währungs- und Wirtschaftszerfalls herausgearbeitet haben. Wir haben inzwischen unseren öffentlichen Haushalt weitgehend gebessert, haben eine äußerst strenge Besteuerung tatsächlich durchgeführt, haben unsere Wirtschaft auf Goldmark umgestellt und das ganze alte Papiermark-Kreditsystem aufgegeben, den Arbeitstag verlängert und viele andere schwere Lasten freiwillig auf uns genommen. Ein Land, das in dieser gründlichen Weise die Fehler und Unterlassungen seiner Vergangenheit wieder gut macht und an seinem Wiederaufbau arbeitet, ein solches Land wird auch wieder kreditfähig.

Die Goldkreditbank soll nun nicht bloß für den alltäglichen Zahlungsverkehr des Inlands, mehr noch für den großen Zahlungsverkehr der Wirtschaft, insbesondere mit dem Ausland, das international kursfähige Zahlungsmittel mit der üblichen, in allen Kulturstaaten in der Vorkriegszeit eingeführt gewesenen Golddeckung liefern. Die Goldkreditbank ist eine selbständige Aktiengesellschaft unter der Aufsicht der Reichsbank. Ihr Aktienkapital beträgt 200 Millionen Goldmark. Hiervon stellen Londoner Banken 100 Millionen, und zwar in Form eines Goldkredits an die Reichsbank, die diesen Kredit wiederum zu ihrer Aktienzeichnung für die Goldkreditbank benutzt. Die übrigen 100 Millionen zeichnet das deutsche Finanzkapital, das bei dieser Gelegenheit die bisher nicht faßbaren freien deutschen Devisenbestände bequem hereinziehen dürfte. Zu diesen bereits verfügbaren 200 Millionen Eigenkapital tritt ferner noch ein Kredit von 200 Millionen, den die Goldkreditbank im Ausland durch Wiederbeleihung — Rediskont — der in ihrem Besitz befindlichen Wechsel erhalten wird, und der auch schon fest zugesagt ist. Außerdem wird die Goldkreditbank noch Noten im Betrag von 100 Millionen ausgeben, und zwar grundsätzlich im Umtausch gegen die im Inland laufenden ausländischen Zahlungsmittel. Auf Grund dieser Berechnung wird die Goldkreditbank 500 Millionen Goldmark zur Verfügung haben.

„Die Wacht am Rhein"

Aber nicht die, welche wir Deutsche meinen. Der französische Marschall Foch versteht etwas ganz anderes darunter. Er schrieb am 10. Januar 1919 an die Bevollmächtigten der Mächte: „Die Wacht am Rhein muß der Sammelruf der Verbündeten werden. In Zukunft wird der Rhein die militärische Wehrgrenze des deutschen Volks werden müssen. Deutschland muß jeder Zugang und jeder Wasserstoß, jede Gebietshoheit auf dem linken Rheinufer verwehrt werden."

So zu lesen in dem „Gelbbuch", das letzten Samstag die französische Regierung der Presse übergab.

Warum ein solcher diplomatischer Schritt gerade im gegenwärtigen Augenblick? Man denkt unwillkürlich an den Brief Mac Donalds an Poincaré und an seine Aeußerung, in England spreche man mit Besorgnis von den Eroberungsabsichten Frankreichs auf das deutsche Rhein- und Ruhrgebiet.

Poincaré will nun an der Hand von Aktenstücken nachweisen, daß Frankreich in allen seinen Handlungen nur bestimmt sei von der Sorge um seine Sicherheit. Ja nicht nur um seine eigene Sicherheit, sondern um die der „demokratischen Mächte des Westens". Als ob Frankreich niemals einen Einfall nach Deutschland unternommen hätte! Man denke an den Schmalkaldischen Krieg, an den Dreißigjährigen Krieg, an die Zeiten des Mißvergnügens, an den Siebenjährigen Krieg, an die Revolutionskriege! Ist denn die Menschheit, ist vor allem England so dumm, um eine solche Verdrehung der Tatsachen gutgläubig hinzunehmen?

Foch schreibt am 6. Mai 1919: „Wenn man Herr des Rheins ist, ist man Herr des ganzen Landes. Wenn man nicht am Rhein ist, hat man alles verloren. Vom militärischen Gesichtspunkte aus ist der Rhein allein wichtig. Die Besetzung der Rheinlande hat nur Wert, wenn man über den Rhein verfügt. Wenn wir schrittweise zurückgehen, liefern wir die Pfänder aus und öffnen die Türe. Die ständige Besetzung bezieht sich auf die Rheinlinie und nicht auf die Rheinlande."

Das also ist des Pudels Kern. Foch wollte, schon vor dem Abschluß des Friedensvertrags, eine ständige Besetzung, nicht bloß eine 15jährige, wie sie unter dem Druck Englands und Amerikas in den Friedensvertrag hereinkam. Was damals Clemenceau und Genossen nicht gelungen war, das muß die Auslegung des Vertrags nachholen. Daher die nachmaligen Erklärungen sämtlicher französischen Regierungen: Die 15jährige Besetzungsfrist habe noch gar nicht angefangen. Sie beginne vielmehr erst mit dem Augenblick, wo Deutschland seinen Vertragsverpflichtungen nachgekommen sein werde. Also bleibt der Franzose am Rhein, bleibt ewig dort, weil Deutschland in Zeit und Ewigkeit die wahnsinnigen Wiedergutmachungsschulden nicht abzahlen kann.

Nichts einfacher als diese Logik. Es fragt sich nur, ob England sich eine derartige „Annexion", — zu deutsch „Raub" gefallen läßt. Wiederholt haben die englischen Erstminister, so besonders zuletzt Baldwin, mit aller Deutlichkeit erklärt, England werde sich auf eine weitere Zerstückelung Deutschlands — denn das würde eine dauernde Besetzung durch Frankreich bedeuten — nie und nimmer einlassen. Die Regierung Mac Donalds hat diese Erklärung wiederholt. Und Mussolini hat ganz dasselbe im römischen Senat ausgesprochen. ch

Wir Deutsche vollends werden niemals unsere Einwilligung zu irgendeiner noch so leisen Lockerung des staatsrechtlichen oder wirtschaftspolitischen Bandes zwischen dem unbesetzten und dem besetzten Deutschland geben. W. H.

Der Hitlerprozeß

Fragen der Verteidigung an Herrn von Kahr

Als gestern nachmittag nach längerer Unterbrechung die öffentliche Verhandlung wieder aufgenommen wurde, erklärten Dr. Weber, Hitler, Pöhner und Ludendorff die Aeußerungen Seißers in vielen Punkten als sachlich unwahr. Ludendorff fügt bei: Ich habe die schwere Befürchtung, daß die Reichswehr und die Landespolizei durch ihre Vertreter hier schwer geschädigt werden.

Die Gesamtverteidigung gibt die Erklärung ab, der größte Teil der tatsächlichen Angaben Seißers sei bereits widerlegt, weitere Behauptungen werden im Lauf des Prozesses widerlegt werden. Sie erhebe Widerspruch, daß der einmalige Hochverrat der drei Kronzeugen Kahr, Lossow und Seißer geschützt werde und sie verlange, daß die Besprechung am 6. November über den „51prozentigen" Staatsstreich Lossow-Kahr und den Marsch nach Berlin in der Oeffentlichkeit verhandelt werde.

Rechtsanwalt Kohl bemerkt dazu: „Der Prozeß hat mit dieser Frage den Höhepunkt erreicht. Lossow und Kahr haben einen nach allen Gesichtspunkten hin ausgearbeiteten Aufsatz mehr oder weniger dem Gericht zur Kenntnis gebracht. Es ist durch eidlich vernommene Zeugen bereits bekundet worden, daß der Marsch nach Berlin die ausgesprochene Absicht der drei genannten Zeugen gewesen ist. Der Ausgang des Prozesses „Schuld oder Nichtschuld für die Angeklagten" ist davon abhängig, ob den Aussagen dieser drei Zeugen geglaubt werden kann oder nicht."

Staatsanwalt Stenglein: Es ist unzutreffend, zu sagen, es sei nachgewiesen, daß der Marsch nach Berlin die Absicht der drei Zeugen gewesen sei. Darüber wird das Gericht zu befinden haben.

Für die Dauer der weiteren Vernehmung des Zeugen Seißer wird die Oeffentlichkeit ausgeschlossen.

Nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit wird in die weitere

Fragestellung an Dr. v. Kahr

eingetreten.

Rechtsanwalt Holl führt dann aus: Baron Auffeß, der Stellvertreter Kahrs im Staatskommissariat, hat am 12. Oktober erklärt: „Wir stehen am Vorabend großer Ereignisse!" Am 20. Oktober sprach Baron v. Auffeß im „Wittelsbacher Garten", und teilte im Auftrag und Namen des Generalstaatskommissars mit, daß dieser zu seinem Bedauern nicht in der Lage sei, der Einladung Folge zu leisten. Als Ursache entschuldige sei, daß er mit der Lunte am Pulverfaß sitze. Auch er (Auffeß) sei als Stellvertreter Kahrs ebenfalls stark in Anspruch genommen. Der Bruch zwischen Bayern und Berlin sei heute abend 8.30 Uhr erfolgt. Wir sind froh darüber, erklärte er, daß er erfolgt ist. Es heißt für uns nicht „Los von Berlin", sondern „Auf nach Berlin!" Wir sind seit zwei Monaten von Berlin in unerhörter Weise belogen worden. Das ist nicht anders zu erwarten von einer Judenregierung, an deren Spitze ein Matroseningenieur steht. Ja leider hat man daran, daß alles in Berlin verdorben und versaut ist. Die Reichsregierung habe den Arbeitsminister Brauns nach München in das Generalstaatskommissariat geschickt, um zu vermitteln. Man habe ihm aber bedeutet, daß seine Anwesenheit nicht erwünscht sei. Knilling habe ihm gezeigt, wo die Tür ist. — Auffeß teilte dann mit, es komme jetzt nicht in Frage über die Grenze hinaus, kein Geld, keine Lebensmittel. Wir haben keinen Auftrag, Ehrhardt zu verhaften. Auch die Erzbergermörder können ruhig ihrem Beruf nachgehen. Auffeß forderte die Versammlung auf, sich hinter Kahr zu stellen und rechtfertigte Kahr gegen den Vorwurf, daß nichts geschehe. „Die Sache gehe nicht auf einmal. Hitler wollte gleich losschlagen. Wir müssen diplomatisch vorgehen, damit wir uns nicht ins Unrecht setzen. Heute gehen wir mit Hitler zusammen. Wir wollen nicht los vom Reich, nicht gegen das Reich, aber gegen die Reichsregierung. Man wartet in Norddeutschland nur darauf, daß wir losschlagen. Aber dies muß alles vorbereitet sein. Vertreter von Ostpreußen, Mecklenburg, Hamburg, Hannover waren bei uns, die uns volle Unterstützung zugesichert haben. General Müller in Sachsen hat seine Truppen aufgestellt und gefragt, wer rechts und wer links sei. Sie wurden getrennt untergebracht. Müller hat das Kommando über die rechtsstehenden Truppen übernommen. Die württembergische Reichswehr wurde, angeblich zum Schutz der Bevölkerung, von Plauen nach Hof gebracht. Ich kann aus guter Quelle mitteilen, daß diese Truppe als erste zur Abriegelung von Bayern bestimmt war! Der dortige württembergische Kommandeur hat aber bereits die Zusicherung gegeben, daß er gegen die bayerische Reichswehr nicht vorgehen werde. Wir haben, der württembergischen Reichswehr zu Ehren, in Hof einen „Deutschen Tag" gehalten. „Halten Sie sich bereit", soll Auffeß geschlossen haben, „wenn in den nächsten Tagen der Ruf zu den Waffen an alle ergeht, die schon mit Gewehr und Säbel umgegangen sind. Meine Damen, lassen Sie ihre Brüder ziehen zum großen Freiheitskampf; es wird nur kurze Zeit dauern". — Die Verteidigung kann durch Dutzende von Zeugen beweisen, daß diese Rede gehalten wurde.

Die Frage, wie Auffeß zu diesen Worten kam, beantwortete Kahr wie folgt: „Ich habe selbstverständlich Auffeß keinen Auftrag gegeben, eine Rede oder diese Rede zu halten. Ich sagte ihm nur: „Sagen Sie dem Vorsitzenden meinen Gruß; ich bedauere, daß ich nicht kommen kann. — Das ist das einzige, was ich von der Sache weiß. Auffeß behauptet überdies, die Rede sei eine Fälschung."

Rechtsanwalt Holl schildert dann, wie er am 9. November in die 1/19-Kaserne gekommen sei. In Abwesenheit Kahrs habe Lossow ihm erklärt: „Wir wollen ja den Staatsstreich machen, lediglich über die Zeit des Losschlagens waren wir uns nicht einig." Ich (Lossow) habe zu Hitler gesagt: „Warten Sie noch zwei bis drei Wochen, dann sind wir so weit. Wir müssen die übrigen Wehrkreiskommandos auf unsere Seite bekommen. Wenn ich 51 Prozent Wahrscheinlichkeit habe, schlage ich los!"

Rechtsanwalt Holl fragt Kahr, ob er diese Erklärung decke oder nicht. Kahr: Diese Erklärung, wenn sie im Sinne einer militärischen Aktion gemeint sein sollte, könnte ich nicht decken." Eine weitere Frage Holls betrifft das Verhältnis Kahrs zu dem Justizrat und Führer der Alldeutschen, Claß

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Kahr: Meine Beziehungen zu diesem Herrn sind lose, wenn ich mit ihm gesprochen habe, hat mit den Vorgängen vom 8. und 9. November nichts zu tun.

Hitler: Im Lauf der Verhandlung haben sich die Zeugen dahin geäußert, daß unser Unternehmen auch aus außerpolitischen Gründen gescheitert wäre. Ich frage, ob das angestrebte Direktorium irgendwie Zusicherung gegeben hat, etwa von Frankreich oder der Tschechei, daß das Ausland gegen dieses Direktorium nicht vorgehen würde? Der **Vorsitzende** läßt diese Frage nicht zu. **Hitler** erklärt hierauf: Wir haben wohl die Berechtigung zu dieser Frage, ob diesem Direktorium nicht die gleichen außenpolitischen Schwierigkeiten gegenüberständen, wie unserem Unternehmen.

Vorsitzender: Ich glaube, daß das Urteil von dieser Frage nicht berührt wird.

Rechtsanwalt **Schramm** stellt die Anfrage: Ich möchte wissen, ob Kahr seine Auffassung aufrecht erhält, daß er seinen Weg auf Grund des Artikels 48 hätte durchführen können.

Staatsanwalt **Ebert:** Es ist nicht behauptet worden, daß Kahr auf Grund des Artikels 48 etwas unternimmt, sondern daß auf Grund des Artikels 48 die dazu berufenen Faktoren, in Bayern das Gesamtministerium, im Reich der Reichspräsident, Verordnungen herausgeben.

Rechtsanwalt **Schramm:** Für mich handelt es sich darum, ob man sagen kann: „Der Weg, den die Herren Kahr, Lossow und Seisser betreten wollten, war gesetzlich, und der Weg, den die Angeklagten betreten wollten, war ungesetzlich. Ich will feststellen, daß der Weg zur Bildung eines Direktoriums ungesetzlich war, weil er durch den Artikel 48 keine Deckung finden konnte." Der gleiche Rechtsbeistand fragt dann, ob am 7. November auch davon die Rede gewesen sei, daß eine neue preußische Regierung geschaffen wird.

Kahr: Daß bei solchen Umwandlungen auch Rückwirkungen auf die preußische Regierung erfolgen, ist selbstverständlich. Der Fragenkomplex wird abgerundet durch eine Frage des Rechtsanwalts **Kohl**, die lautet: „Sollte in dem Direktorium der Reichspräsident Ebert sitzen?" **Vorsitzender:** Ist die Frage ein schlechter Witz? **Kohl:** Wenn das, was ich in der Hand habe, kein schlechter Witz ist, die Verfassung des Deutschen Reichs nämlich, dann ist auch meine Frage kein schlechter Witz! **Vorsitzender:** Ich lasse diese Frage nicht zu. **Kohl:** Weil sie selbstverständlich ist, darum wird sie nicht zugelassen.

Hitler will dann wissen, mit welchen Personen im Kochen Kahr über die Anwendung des Drucks gesprochen habe. **Kahr** erwidert: Mit Minouz, mit Tirpitz, mit Scheer, mit Knebel habe ich darüber gesprochen. **Hitler:** Minouz war Generaldirektor von Stinnes. Inwiefern schien es Ihnen berechtigt, einen Druck auf den Reichspräsidenten auszuüben? **Kahr:** Da habe ich keine Antwort zu geben.

Eine Frage **Roders** betrifft die Vereidigung der bayerischen Reichswehr auf Bayern. **Kahr** erklärt, er habe zwar mit Lossow darüber gesprochen, gibt aber keine Auskunft darüber, ob die dabei von Lossow gehaltene Ansprache bei dieser Besprechung vereinbart wurde. Die Sache falle unter das Dienstgeheimnis.

In der Folge verlangt noch Rechtsanwalt **Holl** die Begreiflichmachung von Kahr und Pöhner. **Pöhner** schildert sehr frei, wie er auf Wunsch Ehrhardts, der ihn am 30. September besuchte und ihn bat, wieder mit Kahr zusammenzuarbeiten, damit er in Nordbayern ein sicheres Aufmarsch- und Etappengebiet für seine Truppen bekomme, und nachdem Ehrhardt erklärt habe, daß jetzt mit dem Marsch nach Berlin Ernst gemacht werde, am 30. September zu Kahr gegangen sei und hiebei die Dinge besprochen habe, worauf Kahr ihm die Stelle eines Zivilgouverneurs für Thüringen angeboten habe. Daß Thüringen genannt wurde, sei Pöhner verblüfft. Der Ausdruck „Zivilkommissar" sei erst später. Kahr habe ihm gesagt, die Sache sei nicht geringfügig, er würde ihm niemals eine kleine Aufgabe zumuten, habe ihm persönlich geschmeichelt und gesagt, es sei eine Aufgabe, die ihn vielleicht Monate oder Jahre beanspruche.

Kahr: Ich bin von der Annahme ausgegangen, daß es sich um Verwendung von Reichswehr in Mitteldeutschland auf Anruf des Reichswehrministeriums handle, und daß für diesen Fall der Reichswehr ein Kommissar zur Seite gestellt wird, wie das schon früher geschehen ist. Wenn ich von einer Aktion, wie sie sich Ehrhardt gedacht hat, gewußt hätte, hätte ich Ehrhardt diesen Gedanken ausgeredet. Der bayerischen Regierung sei bekannt gewesen, daß Pöhner geäußert hätte, er habe für Bayern kein Interesse. Pöhner sei daher für einen bayerischen Posten nicht in Betracht gekommen.

Pöhner: Diese Aeußerung ist gefallen. Sie hatte aber einen anderen Sinn. Ich verurteilte die Politik in Bayern in den letzten zwei Jahren. Es handelte sich jetzt um Lebensnotwendigkeiten für das ganze deutsche Volk und da kamen Bagatellen, wie die Schaffung eines Staatspräsidenten in Bayern nicht in Frage. Deshalb sagte ich: Diese Dinge sind mir wurscht!

Justizrat **Bauer** fragt Kahr, ob er sich an den Vorfall in der Nacht auf 9. Nov. erinnere, wonach Kahr einem Konsularvertreter eines außerdeutschen Staats den Rat gegeben habe, von einer bayerischen Station aus seiner Regierung von der Ausrufung der nationalen Diktatur Mitteilung zu machen. Kahr kann sich an diesen Vorgang nicht mehr erinnern. Von einer Beglückwünschung zur neuen Regierung in jener Nacht wisse er nichts. Wenn der italienische Vertreter irgend eine solche Bemerkung zu ihm gemacht habe, so habe er ihr keine Bedeutung beigelegt.

Nach einer Pause von 20 Minuten geht die Fragestellung weiter. Die Frage der Verteidigung, mit wem **Seisser** in Berlin die Verhandlungen geführt habe und was bei den Verhandlungen besprochen wurde, antwortet Kahr, er könne hierüber auf Grund des Dienstgeheimnisses nichts aussagen. Er habe von den Ergebnissen dieser Reise die Führer des Bundes „Bayern und Reich" nicht benachrichtigt. Die Besprechung mit Admiral Scheer stehe in keinem Zusammenhang mit der Sitzung im Bürgerbräukeller.

Vierzehnter Verhandlungstag.

Vernehmung Kahrs.

Rechtsanwalt **Gademann** richtet eine Reihe von Fragen an den Zeugen, die Kahr im Sinn seiner früher gemachten Ausführungen beantwortet. Für ihn habe es sich bei der Sitzung am 6. November um nichts anderes gehandelt, als eben gegen die gerüchtweise gegen ihn bekannt gewordenen Pläne eines Vorstoßes einzelner nationaler Verbände gegen Sachsen und Thüringen Stellung zu nehmen und den Anwesenden anzudeuten, daß die nationale Sache im Gang sei. Er halte es für ausgeschlossen, daß Lossow von einem Marsch nach Berlin gesprochen habe. Zeuge habe lediglich erklärt, daß er als Inhaber der vollziehenden Gewalt dem Befehl gebe, ob Mitglieder der vaterländischen Verbände dazu bestimmt werden, bei der Verwendung der Reichswehr in Thüringen oder Sachsen eine gewisse Verstärkung zu bilden.

Auf die Frage des Angeklagten **Kriebel**, ob Zeuge von dem Plan Ehrhardts über einen Marsch nach Berlin Kenntnis hatte, erwidert **Kahr**, er habe über derartige Vorbereitungen Ehrhardts gewußt. Das sei dann abgeschnitten worden. Von Vorbereitungen des Bundes „Bayern und Reich" sei ihm nichts bekannt. Er habe immer dagegen Stellung genommen, wenn von einem Marsch nach Berlin gesprochen wurde. Zur Frage des Direktoriums bekundet Zeuge, daß dieses nur eine vorübergehende Erscheinung sein sollte.

Hitler hält dem Zeugen entgegen, warum er am 5. November sich nicht auf das schärfste gegen diesen Marsch gewendet habe.

Kahr: Ich lehne es auf das entschiedenste ab, daß wir einen Staatsstreich in dem hier ausgeführten Sinn machen konnten und wollten.

Auf eine Frage des **Vorsitzenden** erklärt **Kahr**, er habe die Bildung eines Direktoriums nicht als Staatsstreich betrachtet. Weiter verliest der Vorsitzende eine Erklärung des Professors Bayer, wonach er den Ausdruck „Auf nach Berlin!" als Zurückweisung jeder separatistischen Einstellung Bayerns gemeint habe. An einen militärischen Marsch nach Berlin habe Bayer nicht gedacht.

Rechtsanwalt **Kohl** richtet weitere Fragen an Kahr, die auf die Bildung des Direktoriums Bezug nehmen. Der Vorsitzende schnürt die weitere Fragestellung in dieser Richtung ab, da hierüber schon Aussagen gemacht worden seien.

Hierauf entspinnt sich eine Auseinandersetzung zwischen Justizrat **Jeschwitz**, dem **Vorsitzenden** und dem **Zeugen** über die Frage, ob Kahr mit Berliner Herren über die Verwendbarkeit und Befugnisse Ehrhardts und des diesem unterstellten Bundes gesprochen habe. Kahr bestimmt, daß bei dieser Besprechung seine Stellungnahme immer die war: Es ist Sache der süddeutschen Staaten, zu verhindern, daß das Reich auseinanderfällt.

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Reichstag

Berlin, 13. März.

Der Reichstag nahm gestern ohne Aussprache die Vorlage an, die die Geltungsdauer der Zuckerungeziefermittels für die Wer Weine bis 30. Juni ds. Js. verlängert.

Ueber den Gesetzentwurf betreffend die Ausprägung von Reichssilbermünzen entspinnt sich eine längere Aussprache. Der Entwurf ist vom Ausschuß dahin abgeändert worden, daß nur 1-, 2- und 3-Markstücke, nicht aber auch 5-Mk-Stücke geprägt werden sollen. Abg. Dr. Helfferich bemängelt, daß die neuen Münzen nicht auf „Rentenmark", sondern auf Goldmark gestützt werden sollen, obwohl die Goldmark gegenwärtig gar kein gesetzliches Zahlungsmittel in Deutschland sei. Er beantragt deshalb in der Vorlage das Wort „Goldmark" durch „Rentenmark" zu ersetzen und stellt den weiteren Antrag, die Rentenmark zur offiziellen Reichswährung zu machen. Die Anträge werden jedoch gegen die Stimmen der Deutschnationalen abgelehnt und die Vorlage in der Ausschußfassung angenommen.

Hierauf wird in allen drei Lesungen ein gemeinsamer Antrag der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei auf Aenderung des Reichswahlgesetzes angenommen, wonach die Zahl von mindestens 20 Wählern, die die Wahlkreisvorschläge bisher unterzeichnet haben mußten, auf 500 erhöht wird mit der Bestimmung, daß auch 20 Wähler genügen, wenn diese glaubhaft machen, daß mindestens 500 Wähler Anhänger des Kreiswahlvorschlags oder eines anderen sind, mit dem sich der Wahlvorschlag verbindet oder der sich dem gleichen Kreiswahlvorschlag anschließen will.

Alsdann tritt das Haus in die 2. Beratung des Reichspostfinanzgesetzes ein, durch das die Reichspost ähnlich wie schon die Reichsbahn zu einem selbständigen Unternehmen mit eigener Vermögensverwaltung, das aber trotzdem ein Unternehmen des Reichs bleibt und dessen Leitung der Reichspostminister behält, gemacht werden soll. Nach eingehender Aussprache, in der der bayerische Gesandte v. **Preger** und der württembergische Gesandte **Hildenbrandt** für ihre Regierungen erklären, daß diese an ihren Rechten aus den früheren Staatsverträgen festhalten und die Vorlage nicht annehmen könnten, wird diese mit großer Mehrheit in zweiter Lesung angenommen.

Hierauf begründet Abg. **Schulz**-Bromberg (Deutschn.) einen Antrag seiner Partei, wonach unter Aenderung des Art. 180 der Reichsverfassung die Neuwahl des Reichspräsidenten gleichzeitig mit der Neuwahl des Reichstags stattfinden soll. Reichsinnenminister Dr. **Jarres** ersucht im Namen der Reichsregierung um Ablehnung des Antrags. Der Antrag wird abgelehnt.

Schließlich wird noch der Nothaushalt in dritter Lesung erledigt und die Schlußabstimmung darüber auf morgen vertagt. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr.

Berlin, 13. März. Die scharfe Spaltung in der Sozialdemokratischen Partei, die in den letzten stürmischen Fraktionssitzungen zum Ausdruck kam, hat sich verschärft. Die Radikalen stehen den Gemäßigteren in Kampfstellung gegenüber. Ueber den Wahlaufruf ist es noch zu keiner Einigung gekommen.

•

Sitzung am Donnerstag

Zur Vorlage über die Golddiskontbank beantragt

Abg. **Helfferich** (Deutschnat.)

in § 1 die Bestimmung zu streichen, daß die Bank die Befugnis hat, auf Pfund Sterling lautende Noten bis zum Gesamtbetrag von 5 Millionen Pfund Sterling auszugeben. Ferner soll nach dem Antrag Helfferichs die Satzung der Bank der Genehmigung der Reichsregierung unterliegen. Der Antragsteller bemängelt die allzugroße Eilfertigkeit, mit der ein so weittragendes Gesetz verabschiedet werden soll. Das Recht der Notenausgabe, das man der neuen Bank geben wolle, sei ein Stein des Anstoßes. Ein Grund zur Ausgabe von Noten in fremder Währung liege absolut nicht vor.

Abg. **Schack** (Z.) hebt hervor, daß die Noten der Bank eine Vermehrung des Devisenbesitzes in Deutschland bedeuten. Damit werde zugleich die Rentenmark gehalten. Die Hauptsache sei, daß es sich um eine deutsche Bank handle, die ihren Sitz in Deutschland habe.

Nach Ablehnung der Anträge Helfferichs wird die Vorlage nach den Ausschußbeschlüssen angenommen.

Der Gesetzentwurf wird dann in 3. Lesung gegen die Deutschnationalen und Kommunisten angenommen, ebenso die entsprechende Aenderung des Bankgesetzes. In der Schlußabstimmung wird dann in 3. Lesung das Reichsfinanzgesetz mit der nötigen Zweidrittelmehrheit angenommen, ebenfalls in der Schlußabstimmung wird dann in 3. Lesung das Reichspostfinanzgesetz mit der nötigen Zweidrittelmehrheit angenommen, ebenfalls in der Schlußabstimmung wird auch der Notetat in 3. Lesung angenommen.

Es folgt die 1. und 2. Lesung des von den Sozialdemokraten, vom Zentrum, von der Deutschen Volkspartei, von den Demokraten und der Bayerischen Volkspartei eingebrachten Antrags, wonach erstens für die Zeit nach der Auflösung bis zu den Neuwahlen der Präsident und seine Stellvertreter, sowie die Mitglieder der ständigen, in der Verfassung eingesetzten Ausschüsse des Reichstags (Auswärtiger Ausschuß und Ueberwachungsausschuß) die Aufwandsentschädigung weiter beziehen, 2. sollen sämtliche Mitglieder des Reichstags bis zum Tage nach der Neuwahl die Eisenbahnfreifahrkarten behalten.

Abg. v. **Graefe** (Deutschn.): Bei den ungeheuer wichtigen Entscheidungen, die in nächster Zeit bevorstehen, kann die Regierung unmöglich allein die Verantwortung tragen. Es muß daher die Möglichkeit einer Tagung der Volksvertretung auch nach der Auflösung erhalten bleiben.

Der Gesetzentwurf wird mit großer Mehrheit angenommen. Der Antrag der Bayerischen Volkspartei, die Reichstagswahlen am Samstag, 12. April, stattfinden zu lassen und diesen Tag für einen öffentlichen Ruhetag zu erklären, für den aber Löhne fortbezahlt werden müssen, wird abgelehnt.

Angenommen wird der Antrag der Mittelparteien auf Einschränkung der Wahlversammlungen während der Osterzeit.

•

Reichskanzler Dr. Marx:

Ich habe darauf hingewiesen, daß es sich bei der ungemein schwierigen Lage in Staat und Wirtschaft zurzeit nur darum handeln könne, das Leben der Nation zu retten. Dazu ist uns das **Ermächtigungsgesetz** vom Reichstag gegeben worden, und im Dienst dieses hohen Zieles hat die Reichsregierung die ihr erteilten Vollmachten ausgeübt. Bei den wochenlangen Erörterungen im Hause wurde im einzelnen dargelegt, daß eine ganze Reihe dieser Verordnungen, besonders die Arbeitszeitverordnung, nur in der gegenwärtigen besonderen Lage begründet erscheint und nur eine Notgesetzgebung darstellt, die unbedingt einer anderen ordentlichen Gesetzgebung Platz machen müsse. Das soll und muß geschehen, sobald nach der Auflösung sich die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands gefestigt hat. Bis dahin darf das Werk der Gesundung **nicht gefährdet** werden. Dessen ungeachtet sind von verschiedenen Parteien zahlreiche Anträge auf Aufhebung oder Abänderung von Verordnungen gestellt worden. Das erachtet die Reichsregierung zurzeit als unerträglich und nur geeignet, die mühsam zustande gekommene Festigung unserer inneren Verhältnisse erneut zu erschüttern. Die Parteien der Opposition verlangen aber ausdrücklich, alle von ihnen gestellten Anträge sofort zur Entscheidung zu bringen. Angesichts dieser Sachlage kann die Regierung eine Weiterbehandlung der nach ihrer Auffassung für das Volksleben wichtigen Fragen nicht mehr zulassen, sie hält sich vielmehr für verpflichtet, die **Entscheidung des Volks selbst anzurufen.** Das deutsche Volk muß sich jetzt entschließen, ob es den Weg ernster Pflichterfüllung weiter gehen will zu dem Ziele, unsere bedrückten Brüder am Rhein, Ruhr und Saar wieder mit uns zu vereinigen und Deutschland frei zu machen, oder ob es sich an haltlosen Versprechungen und billigen Schlagworten berauschen, sich in Zwietracht zerreiben und sich in Haß verzehren will. Die Regierung hat deshalb beim Reichspräsidenten den Antrag auf Auflösung des Reichstags gestellt. Der Reichspräsident hat dem Antrag durch folgende Verordnung entsprochen:

„Nachdem die Reichsregierung festgestellt hat, daß ihr Verlangen, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 30. Oktober und 8. Dezember 1923 ergangenen und von ihr als lebenswichtig bezeichneten Verordnungen zurzeit unverändert fortbestehen zu lassen, nicht die Zustimmung der Mehrheit des Reichstags findet, löse ich auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf.

Berlin, 13. März 1924.

Reichspräsident Ebert.
gez. Reichskanzler Marx."

•

Die Rede des Kanzlers wurde von den Kommunisten fortdauernd durch Zwischenrufe unterbrochen. Bei der Verlesung der Auflösungsverordnung riefen sie: „Wir, Fritze von Gottes Gnaden!" — Präsident **Loebe** erklärt die Aufgabe des Reichstags für abgeschlossen. Abg. **Fehrenbach** würdigt die sachliche Geschäftsführung des Präsidenten, worauf dieser um 4 Uhr nachmittags mit einem Hoch auf das deutsche Volk und die Republik die Sitzung schließt.

Auch halbmonatlich

kann „Der Gesellschafter" bei unserer Geschäftsstelle bestellt werden.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Neue Nachrichten

Die Erhöhung der Demuragehälter.

Berlin, 13. März. Wie verlautet, werden die Beamtengehälter nicht, wie gewünscht wurde, um 20, sondern um 30 Prozent erhöht. Daneben werden die Ortszuschläge eine solche Erhöhung erfahren, daß die Mehrbezüge zusammen 35 Prozent ausmachen.

Spaltung der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 13. März. Eine große Zahl führender Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei, besonders der Schwerindustrie und des rechten Parteiflügels, hatten gestern in Berlin eine Zusammenkunft. Die Politik Stresemanns wurde heftig angegriffen und als reichsverderbend bezeichnet. Es wurde beschlossen, nach dem Vorgang in Bayern eine Nationalliberale Vereinigung zu gründen, die mit der Deutschen Volkspartei zwar nicht bricht, aber die Verbindung nach rechts unterhält, um zu verhüten, daß die Wähler ganz zur Deutschnationalen oder zur Deutschvölkischen Partei übergehen. Die Vereinigung will eine streng nationale Politik mit Bekämpfung des Marxismus.

Am Samstag findet eine Vorstandssitzung der Deutschen Volkspartei statt.

Der Prozeß Zeigner

Leipzig, 13. März. In dem Strafverfahren gegen den früheren sächsischen Ministerpräsidenten Zeigner vor der 6. Strafkammer des Leipziger Landgerichts stehen sechs Anklagefälle zur Behandlung, in denen die Staatsanwaltschaft den Angeklagten überführen zu können glaubt, während sie in einer Reihe weiterer Fälle das Material zur Ueberführung Zeigners und seines Mitangeklagten Möbius nicht für ausreichend erachtet. Zeigner behauptet, er sei ein Werkzeug in den Händen des Möbius gewesen. (Es handelt sich bekanntlich um „Begnadigungen" durch Zeigner, namentlich von Wucherern und Schiebern, wofür sich Zeigner hoch bezahlen ließ.) Die Staatsanwaltschaft will den Beweis führen, daß Zeigner sogar zugunsten eines Verurteilten die Gerichtsakten gefälscht hat.

•

Wehe den Besiegten!

Budapest, 13. März. Hier verlautet, die Pariser Entschädigungskommission verlange in einer Note an die ungarische Regierung, daß sie sich unterschriftlich verpflichte, von der Anleihe des Völkerbunds keinen Teil zu militärischen Rüstungen gegen die Nachbarstaaten zu verwenden und ferner für alle Zeiten zu verhindern, daß ein Mitglied des Hauses Habsburg den ungarischen Thron besteige. Die Unterschrift der Regierung soll vom Parlament bestätigt werden und Gesetzesform erhalten. Ministerpräsident Bethlen soll zur Erlangung der Anleihe die Forderung in London unterzeichnet haben, sie begegnet aber in Ungarn heftigem Widerstand.

Der Schnapsschmuggel

Neuyork, 13. März. Die Hafenbehörden haben den Dampfer „Ordunia" beschlagnahmt, der u. a. für 100 000 Dollar Alkohol und andere Betäubungsmittel an Bord hatte. Der Dampfer wird solange festgehalten, bis der Prozeß gegen den Kapitän beendet ist.

China und Rußland

Peking, 13. März. Die chinesische Regierung ist bereit, die Sowjetregierung anzuerkennen unter der Bedingung, daß die Mongolei von den Russen geräumt und die Souveränität Chinas anerkannt wird.

Württemberg

Stuttgart, 13. März. 70. Geburtstag. Der Senior der Stuttgarter evangelischen Geistlichkeit, Stadtpfarrer Alfred Pfleiderer, seit 1894 an der Johanneskirche, kann am nächsten Sonntag seinen 70. Geburtstag feiern. Er erfreut sich noch voller Kraft und Rüstigkeit.

•

Gmünd, 13. März. Tollwut. Im hiesigen Oberamtsbezirk sind 10 Fälle von Tollwut festgestellt.

Oberkochen, OA. Aalen, 13. März. Wunderbare Rettung. Das vierjährige Söhnchen des Mühlebesitzers Kaspar Scherer fiel im Haus den 12 Meter hohen Aufzug (Schacht) hinab und zwar auf den Kopf. Außer einer kleinen Wunde am Hinterkopf erlitt das Kind keinen weiteren Schaden. Bald darauf sprang es wieder munter herum, als ob nichts geschehen.

Künzelsau, 13. März. Vom Abbau verschont. Dem „Kocher- und Jagstboten" zufolge soll die Aufteilung des Oberamts vorerst noch nicht in Frage stehen. Auch über die Aufhebung des hiesigen Lehrerseminars wird erst im nächsten Jahr die Entscheidung fallen.

Freudenstadt, 13. März. Erschöpft. Bei der Pumpstation bei Zwieselberg wurde ein unbekannter Mann erschöpft und erstarrt gefunden. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, er dürfte aber kaum zu retten sein.

Waldsee, 13. März. Des Kindes Schutzengel. Das 5jährige Töchterchen von Bäremwiet Fluhr fiel von der 6 Meter hohen Veranda des Baumeisters Kerle in den Hofraum. Das Kind erlitt aber nur leichte Verletzungen.

Friedrichshafen, 13. März. Unglücksfall. Beim Fällen eines Baumes wurde dem in den zwanziger Jahren stehenden Holzarbeiter Josef Bucher von Löwenthal durch den stürzenden Baum das Genick gebrochen.

Hechingen, 13. März. Hie Balingen, hie Ebingen. Am Sonntag, den 2. September v. J. abends kam es vor dem Bahnhof Balingen zwischen jungen Burschen aus Ebingen und Balingen zu einer allgemeinen großen Schlägerei. Als nachher die Ebinger auf der Polizeiwache Anzeige erstatteten, kamen etwa 15 Balinger Burschen dorthin und verlangten die Auslieferung der Ebinger. Die Balinger wurden aus der Polizeiwache gewiesen und die Ebinger auf einer Hintertreppe aus dem Rathaus hinausgeführt und vor die Stadt begleitet, wo sich dann später die Prügelei fortsetzte. Die Hauptväter der Schlägerei wurden mit Geldstrafen von 75 bis 275 GM. und Gefängnisstrafen bis zu 1 Monaten bestraft.

•

Aus Stadt und Land.

Nagold, den 14. März 1924.

Unser neuer Roman.

Wir beginnen morgen mit dem neuen Roman

„Der Tanz ums goldene Kalb"

von Fritz Graupe-Löcher. Der Roman führt uns in eine kleine Residenz und schildert das Leben der Gesellschaft, wie es vor dem Kriege in diesen Kreisen oft war: alles dreht sich um Geld und Besitz, die Geselligkeit ist hohl und oberflächlich, die Menschen sind egoistisch, und nur auf das Aeußerliche bedacht. Sehr anschaulich schildert nun die Verfasserin, wie ein junges Mädchen auch in diese Kreise kommt und in den Strudel der Geselligkeit hineingezogen wird, sie verliert sich aber nicht darin, sondern durch Enttäuschungen, die sie durchmachen muß, sieht sie mit offenen Augen all den hohlen Schein und rettet sich in ein besseres Leben. Der sehr fesselnd geschriebene Roman endigt mit den Worten „Ueber alles die Liebe".

Jugendamt Nagold. Nach ärztlichen Feststellungen ist auch in unserem Jugendamtsbezirk die Zahl der unterernährten, rachitischen und tuberkulosegefährdeten Kinder nicht klein und stets im Wachsen begriffen. Eine Unterbringung solcher Kinder in ausmärkischen Erholungsheimen und Solbädern ist im Hinblick auf die allgemeine Finanzlage nicht mehr möglich. Mehr als bisher muß daher der örtlichen Erholungsfürsorge durch Abgabe von Solbädern und Einrichtung von Luft- und Sonnenbädern Aufmerksamkeit geschenkt werden. Besonders wertvoll aber ist eine mit Ortswechsel verbundene Erholungsfürsorge durch Unterbringung von Kindern in Familien. Es ist möglich, Kinder aus unserem Gebietsbezirk im Wege des Austausches für einige Wochen in den Schwarzwald und umgekehrt zu verbringen. Die Einwohnerschaft der Bezirke Nagold und Herrenberg wird daher ersucht, etwaige Pflegestellen in erster Linie zu Gunsten erholungsbedürftiger Kinder unserer Jugendamtsbezirke zur Verfügung zu stellen. Die Herren Ortsgeistlichen und Ortsvorsteher werden gebeten, Anmeldungen ans Jugendamtsamt übermitteln.

Vorstandssitzung der Handwerkskammer Reutlingen. Unter dem Vorsitz des Landesgewerbeobermeisters und Flaschnermeisters Herrn Tübingen fand letzter Tage im Rathaus in Rütlingen die Sitzung des Vorstandes der Handwerkskammer Reutlingen statt. Syndikus Eberhardt erstattete den Tätigkeitsbericht. Die mit der Bauwirtschaft zusammenhängende Frage der Geldbeschaffung wurde eingehend besprochen. Die Kammer wird Richtlinien an die Handwerksorganisationen hinausgeben, damit weiterhin vom Bauhandwerk selbst diejenigen Maßnahmen ergriffen werden, welche unter den augenblicklichen Verhältnissen irgend einen Erfolg versprechen. — Hinsichtlich der Steuerleistungen wurde vom Vorstand nach eingehender Erörterung beschlossen, bei den gesetzgebenden und verwaltenden Faktoren in Reich und Land unsere Not dringend vorstellig zu werden, daß bei der Steuerbemessung in weitergehendem Maße als bisher auf die wirtschaftliche Lage des Handwerks Rücksicht genommen wird. Neuerdings ist es die Gebäudesteuer, die sich gegenüber dem kleineren Gewerbebetrieb außerordentlich hart auswirkt. Der Beistand des Steuerpflichtigen unter Beachtung seiner Leistungsfähigkeit müsse im Interesse einer steuerlichen Gerechtigkeit erfolgen. — Eine Reihe Gesellenprüfungs- und Erhebungsangelegenheiten, sowie interne Fragen der Verwaltung wurden zur Erledigung gebracht.

Fristenablauf
für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene.

Der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener teilt mit: Nach § 111 des Reichsversorgungsgesetzes in der Fassung vom 30. Juni 1923 laufen die Fristen für Antragstellung auf Uebergangsgeld (§ 32), auf Elternrente (§ 49), auf Versorgung durch den Beschädigten selbst (§ 52) und auf Versorgung für die Hinterbliebenen (§ 54) am 31. März 1924 ab. Ebenso müssen Ansprüche auf Versorgung vor dem 1. April 1924 gestellt werden, soweit durch die Abänderung des RVG. neue Reichsansprüche entstanden sind (hierunter ist besonders die Frauenzulage für Schwerbeschädigte, sowie die Witwenbeihilfe, Witwenrente usw. zu verstehen). Die Anträge müssen innerhalb des Monats März am zweckmäßigsten bei den Versorgungsbehörden eingereicht werden.

Die Reichsrichtzahl für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich für den 10. März 1924 auf das 1,36-Billionenfache der Vorkriegszeit. Sie ist gegenüber der Vorwoche unverändert geblieben.

Die auf den Stichtag des 11. März berechnete Großhandelsziffer ergibt gegenüber dem Stand vom 4. März (118,7) eine geringe Steigerung um 0,9 auf 119,8. Von den Hauptgruppen stiegen zunächst Lebensmittel um 1,2 auf 105,4 (104,13). Die Gruppe Getreide und Kartoffeln blieb mit 83,6 nahezu unverändert, ebenso die Gruppe Kohlen und Eisen mit 137,7. Industriestoffe stiegen um 0,75 auf 107,5 (106,8) und Einfuhrwaren um 1,9 Prozent auf 181,6 (178,2).

Die Ersatzpflicht der Eisenbahn. Nach einem Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart hat die Eisenbahn für Verlust oder Minderung des Guts nicht bloß den Papiermarkbetrag des Guts im Zeitpunkt der Absendung zu ersetzen, sondern den im Zeitpunkt der Versendung geltenden aufzuwerten, wenn inzwischen das Geld eine Wertverminderung erfahren hat. Dies gilt auch wenn der Gutsverlust nicht durch grobe Fahrlässigkeit oder Vorsatz (Diebstahl usw.) herbeigeführt worden ist.

Vom Lehrerberuf. Infolge der Berufsüberfüllung und des Abbaus sind die Anmeldungen zu den drei katholischen Lehrerseminaren Württembergs heuer so schwach, daß nur an einem Seminar (voraussichtlich in Saulgau) ein Unterrichtskurs abgehalten wird.

Allerlei

Für die deutsche Studentenhilfe haben die englischen Hochschulen im vorigen Jahr 100 000 Pfund Sterling gesandt. Die Zahl der „Werkstudenten", die die Mittel für das Studium ganz oder teilweise durch Nebenarbeit erwerben müssen, beträgt 64 000, das heißt die Hälfte aller deutschen Studierenden.

Erneuerung des Regensburger Doms. Der Regensburger Dom St. Peter, aus der Vorkarolingerzeit stammend, daher der Schlüssel im Stadtwappen, 1273 mit dem Bischofsitz abgebrannt, später wieder aufgebaut und 1859/60 nach Kölner Muster vollendet, wird von dem bayerischen Landesbaumeister Schmitz in Nürnberg, dem Wiederhersteller der Lorenzer und Sebalder Kirche in Nürnberg, jetzt ebenfalls wiederhergestellt. Im alten Regensburger Domgarten wird eine Dombauhütte im alten gotischen Fachwerkbau errichtet. Vieles, was in den letzten Jahrzehnten im Regensburger Dom geschaffen worden ist, wird heute von einer fürsorglichen Denkmalspflege gehütet.

Die böse Zeit. Am 11. März meldet der Berliner Polizeibericht 15 Selbstmorde.

Mit Hinterlassung von 20 Millionen Franken Schulden ist der Bankier Simon in Paris flüchtig gegangen. In den Geschädigten gehören viele hohe Beamte. — Der Belgier Perl wurde von einem Pariser Gerichtshof zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er während des Krieges an die Deutschen Schützengrabenholz verkaufte, wobei er 26 Millionen Franken verdient habe.

Sturm. Aus Neuyork wird gemeldet, daß bei einem furchtbaren Sturm, der Häuser einriß, etwa 100 Personen umgekommen seien.

Schiffsuntergang. Der Dampfer San Diego ist bei Kap Hatteras (Nordkarolina, Am.) gesunken. 20 Mann der Besatzung sind ertrunken.

Unterschlagung. Bei der Darmstädter und Nationalbank in Hamburg sind bedeutende Unterschlagungen eines Bankbeamten festgestellt worden. Der Schuldige wurde verhaftet.

In einem Bankhaus in Augsburg sind bedeutende Unterschleife durch Angestellte entdeckt worden, die Valutaspekulationen machten.

Handelsnachrichten

Dollarkurs. Berlin, 13. März. 4.2105 Bill. Mk. (unv.). Neuyork 1 Dollar 4,24. London 1 Pfd. Sterl. 19. Amsterdam 1 Gulden 1,66. Zürich 1 Franken 0,769 Bill. Mk.

Der französische Franken besserte sich weiter auf 104,25 für das Pfund Sterling und 23,75 für den Dollar.

Zur Stützung des französischen Franken haben amerikanische Banken eine Anleihe von 50 Millionen Dollar an die Bank von Frankreich bewilligt.

Außer der amerikanischen erhält Frankreich von London eine Anleihe von 5 Millionen Pfd. Sterling. Die Anleihen sind zu 5,75 Prozent zu verzinsen.

Die Ausprägung der Reichssilbermünzen. Reichsrat und Reichstagsausschuß haben den Gesetzentwurf zur Ausprägung von „Silbermünzen" im Gehalt von je der Hälfte Silber und Kupfer angenommen, wodurch sich der Münzgewinn des Reichs noch um 40 Prozent erhöht gegenüber der ursprünglichen Forderung, daß nur ein Zehntel Kupfer zugesetzt werden dürfe wie bei den früheren Silbermünzen. Der Betrag der Ausprägung soll vorerst 5 Mark auf den Kopf der Bevölkerung nicht übersteigen, er würde demnach etwas über 300 Millionen Mark sein. Eine Erhöhung des Betrags, jedoch nicht über 10 Mark auf den Kopf, darf nur mit Genehmigung des Reichsrats und des Reichstagsausschusses eintreten. Besonders wichtig ist die Bestimmung, daß die neuen Silbermünzen nur in dem Maß in den Verkehr gebracht werden dürfen, indem Papierscheine aus dem Verkehr zurückgezogen werden, wodurch einer neuen Inflation nach Möglichkeit vorgebeugt wird. Diese Bestimmung ist infolge des Einspruchs der Rentenbank gegen die Silberausprägung in das Gesetz aufgenommen worden.

Reiche Erdölausbeute. Die Tochtergesellschaft der Deutschen Erdöl A.-G. hat in der Gegend von Celle (Hannover) bei einer Bohrung von 750 Meter Tiefe eine tägliche Ausbeute von etwa 300 000 Kilo gewonnen. Diese Ausbeute ist größer als die gesamte übrige deutsche Ausbeute.

Geldmarkt. 1 v. Tausend für tägliches Geld.

•

Stuttgarter Börse, 13. März. Die leichte Befestigung des Marktes setzte sich heute fort im Zusammenhang mit der festeren Haltung des französischen Franken. Das Angebot war nur gering; die Kurse konnten mäßige Erhöhungen erzielen. Auch der Markt der Festverzinslichen trug eine freundlichere Stimmung zur Schau. Auf dem Aktienmarkt konnten sich von den Bankaktien Vereinsbank auf 4,1 und von den Brauereiwerten Wulle auf 9,5 befestigen, während die übrigen Werte dieser Märkte unverändert zu den letzten Kursen gesucht blieben. Der Markt der Metallaktien lag uneinheitlich. Während einerseits Feinmechanik, Junghans und Württ. Metallwaren anziehen konnten, schwächten sich Lehner, Andr. Koch und junge Metall- und Lackierwaren Ludwigsburg weiterhin leicht ab. Maschinenwerte lagen durchweg eine Kleinigkeit freundlicher. Eine Ausnahme machten hier nur Neckarsulmer, die auch heute wieder im Kurs nachgaben. Daimler 4,25, Eßlingen 9, Weingarten 20. Die Textilaktien lagen durchschnittlich gut behauptet. Kattun 100 G., Lederindustrie 44 G., Wietzheim 50 G., Unterhausen 60 G. Auf dem Markt der Verlagsaktien zeigte sich für Deutsche Verlagsanstalt Nachfrage und es konnten dieselben auf 29 anziehen. Union unverändert 12 G. Nahrungsmittelwerte lagen zum Teil schwächer. So gaben u. a. Knorr auf 7,1, Salzwerk Heilbronn auf 61 nach. Bei den übrigen Werten überwogen die Kurserhöhungen. Als etwas fester sind Bad. Zellu mit 19,5, Bamberger Stühlerei mit 10, Zementwerk Heidelberg mit 15,25, Sekt Wachenheim mit 16,5, Germania mit 13,8 und Ziegelwerke Ludwigsburg mit 11,25 zu nennen. Unverändert und gut behauptet waren Mannheimer Oel 40, Schleppschiffahrt 9 G., Köln-Rottweil 10,8.

Württ. Vereinsbank.

Landesproduktenbörse Stuttgart G. m. b. H., 13. März. Verkehrslos in ruhiger Haltung bei ziemlich unveränderten Preisen: Weizen 20—20,50 (19. März 20—20,25). Sommergerste 21,50—22 (21,75 bis 22,25), Roggen 17,25—17,50 (17,25—17,50), Hafer 14,25—14,75 (14,25—14,75), Weizenmehl Nr. 0 29,25—30 (29,25—30), Brotmehl 26,25—27 (26,50—27), Kleie 9,25—10 (9,25—10), Wiesenheu 8,50 bis 9 (8,50—9), Kleeheu 9—10 (9—10), Stroh drahtgepreßt 5,50—6 (5,50—6).

Mannheimer Produktenbörse, 13. März. Kaufneigung infolge der rückgängigen amerikanischen Kurse sehr eingeschränkt. Es kosteten je 100 Kilo bahnfrei Mannheim: Weizen 18,75—19,50,

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

preisbl. 20.25—21, Roggen 16.25—16.75, Gerste 20.75—21.75, Hafer 15—16, Mais 20.25—20.30, Weizenmehl Spezial 0 26.50 bis 28, Roggenmehl 24.50, Weizenkleie 10.25.

Berliner Getreidepreise, 14. März. Weizen märk. 16.50—16.80, Roggen 15—15.70, Sommergerste 16.50—18.90, Hafer 11.40—12.30, Weizenmehl 24.50—26.70, Roggenmehl 20.75—23, Mais 5.30 bis 30.50, Raps 350.

Märkte

Stuttgart, 13. März. Schlachtviehmarkt. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 117 Ochsen, 31 Bullen, 140 Jungbullen, 111 Jungrinder, 39 Kühe (unverkauft 20), 421 Kälber, 470 Schweine, 15 Schafe. Erlöst aus je 1 Pfund Lebendgewicht in Goldpfg.: Ochsen 1. 37—40 (letzter Markt: 37—40), 2. 25—34 (unv.), Bullen 1. 30—33 (unv.), 2. 25 bis 28 (unv.), Jungrinder 1. 40—43 (unv.), 2. 34—38 (unv.), 3. 26 bis 32 (unv.), Kühe 1. 28—33 (unv.), 2. 19—25 (19—25), 3. 12—17 (unv.), Kälber 1. 55—56 (55—57), 2. 47—51 (50—53), 3. 35—45 (38—46), Schweine 1. 69—71 (70—72), 2. 64—68 (62—68), 3. 58 bis 62 (unv.). Verlauf des Marktes: langsam, Ueberstand.

Mannheimer Schlachtviehmarkt, 13. März. Der Auftrieb betrug und es wurden für die 50 Kilo gehandelt: 80 Kälber 42—58, 78 Schweine 56—77, 820 Ferkel und Läufer das Stück 15—37. Fleischmarkt langsam geräumt. Am Schweinemarkt verblieb Ueberstand.

Oberndorf, 13. März. Marktbericht. Zufuhr: 3 Farren, 59 Ochsen, 62 Kühe, 61 Rindinnen und 102 Stück Jungvieh. Der Auftrieb lief, später mehr lebhaftem Handel wurden bezahlt für 1 Paar Zugochsen 700—900, für trächtige Kühe und Kalbinnen 420—600, jährige Rinder 150—220, halbjährige 90—120 M. Der Schweinemarkt waren 354 Milchschweine zugeführt, die fast alle verkauft wurden zum Preis von 50—70 M pro Paar. Auf dem Pferdemarkt waren 20 meist ältere Arbeitspferde aufgetrieben, davon einige um 800—1150 M pro Stück verkauft wurden.

Schweinemärkte. Biberach: Läufer 40—70 M, Milchschweine 20—30 M d. St. — Tettnang: Ferkel 25—30 M, Läufer 35—40 M. — Ehingen: Milchschweine 30—45 M, Läufer 50—75 M d. St.

Wangen i. A., 13. März. Der Pferdemarkt war unserem zahlreich besucht. Weil über 700 Pferde waren in den Ställen untergebracht. Bezahlt wurden in geringer Qualität bis zu 1000 M, in mittlerer bis zu 1500 M und in guter bis zu 2000 M und darüber. Die Geldknappheit beeinträchtigte den Handel sehr.

Fruchtmärkte. Biberach: Weizen 12 M, Roggen 11 M, Gerste 11—12 M, Hafer 8—10 M d. Zr. — Leutkirch: Weizen 23 M, Gerste 22.80—23.20, Haber 17.20—19 M d. Dztr.

Stuttgart, 13. März. Großmarkt. Die Zufuhr schöner Ware war genügend und fand zu etwas erhöhten Preisen schnellen Absatz. Tafelobst 15—24, Edeläpfel 24—32 d. Pfd., Kraut 8—10, Rotkraut 12—15, Rübl 20—25, Winterkohl 10—15, Zwiebeln 10—20, Rote Rüben 10—12, Gelbe Rüben 8—10, Wurzelkohlraben 7—8, Schwarzwurzeln 40—60 Pfg. d. Pfd. Rettiche 8—10, Sellerie 10—40 d. St. Neue Malthakartoffeln 50. — Landbutter 2—2.10, Tafelbutter 2—2.40, holländische 2.20, Butterschmalz 2, amerik. Schmalz 74—80, dänisches 90—95, Margarine 60—85, Kokosfett 56—58, Speck 1.20, Speckseit 1.20 d. P. Emmentalerkäse 1.80—2.20, Schweizer 1.70, Rahmkäse 1.40—1.80. Frische Eier, auch ausländische, 12—13 d. St. Kartoffeln 6 Pfg. d. Pfd.

Steßberg OA. Waldsee, 13. März. Holzverkauf. Beim letzten Holzverkauf scheinen die Käufer von einer wahren Steigerungswut befallen gewesen zu sein. Holz, das von der Herrschaft zu 9 und 11 M angeschlagen war, wurde bis auf 17 und 18 M gesteigert. Das Volk hat sich wahrlich das teure Holz selbst zuzuschreiben.

Aus Baden, 13. März. Der Markgräfler. Bei der Weinversteigerung des Markgräflicher Winzervereins in Haagen erhielt der 1923er Wein mit 140 M ein und ging bis auf 164, 180, 190 und 200 M, um schließlich den Rekordpreis von 250 M pro Hektoliter zu erklimmen. Der höchste Preis für 1922er Wein war dagegen 108 M.

Deutschkurse in Billionen

Berlin		12. März Geld	12. März Brief	13. März Geld	13. März Brief
Holland	100 Guld.	156,11	157,09	156,91	157,69
Belgien	100 Fr.	14,30	14,44	15,20	15,34
Norwegen	100 Kr.	56,50	56,84	56,70	57,04
Dänemark	100 Kr.	64,84	65,16	65,54	65,86
Schweden	100 Kr.	110,22	110,76	110,72	111,28
Italien	100 Lira	17,76	17,84	17,96	18,04
London	1 Pfd. Sterl.	18,005	18,095	18,105	18,195
Kopenhagen	1 Dollar	4,19	4,21	4,19	4,21
Paris	100 Fr.	16,66	16,74	16,10	16,20
Schweiz	100 Fr.	72,42	72,78	72,82	73,18
Spanien	100 Peseta	61,07	61,33	62,87	63,13
D.-Oesterr.	100 000 Kr.	6,09	6,12	6,09	6,12
Prag	100 Kr.	12,21	12,29	12,21	12,29
Ungarn	100 000 Kr.	5,78	5,82	5,58	5,62
Argentinien	1 Peso	1,425	1,435	1,415	1,425
Japan	1 Yen	1,855	1,865	1,815	1,825
Danzig	100 D. Guld.	72,02	72,38	71,41	71,79

Das Wetter

Der Hochdruck im Nordosten hat sich noch verstärkt. Für Samstag ist Fortsetzung des trockenen, nachts frostigen, tagsüber wenigstens kalten Wetters zu erwarten.

Husten- 516 fast in fester Form sind die Sanitas-Bonbons, das praktische lästig wirkende, wohlschmeckende Hustenmittel. In allen Apotheken erhältlich, stets vorrätig: Apotheker Ranold ulm. Sanitaswerk G. m. b. H. München SW. 2

Eine 36 Wochen trächtige 840

Kuh

unter zwei die Wahl, eine mit dem zweiten und eine mit dem vierten Kalb, setzt auf Samstag nachmittag dem Verkauf aus. **Emmingen, Gust. Bulmer.**

Eine 23 Wochen trächtige **Kuh** (4. Kalb) ist gegen 1 Stück Schlachtvieh zu vertauschen.

Wo? sagt die Geschäftsst. d. Bl. 832

Mey's Kragen
mit feinem Wäschestoff
die ideale Herrenwäsche
1 Dutzend in Schachtel
M 1.35—1.65 je nach Form
Hauptverkaufsstelle
G. W. Zaiser.
625

Anzeigen
für die Samstags-Nummer
wollen heute noch aufgegeben werden.
Geschäftsstelle des Gesellschafter.

Neu aufgenommen:
!Musikinstrumente!
wie: **Guitarren**
Mandolinen
Geigen (für Schüler)
Geigenbogen
in guter und preiswerter Ausführung und Ausstattung
G. W. Zaiser, Buchhandlung.

Die Preise haben angezogen —
Unsere Preise sind nach wie vor billig!
Reis ffte. Sorten Pfd. **20 ₰, 24 ₰, 25 ₰** p. Pfd.
Salatöl — fft. Rapsöl, Ltr. **90 ₰, Ia Sesamöl** Ltr. nur **M 1.10,**
Breite Nudeln Pfd. **30 ₰**, bei mehr viel billiger,
Suppennudeln und Makkaroni äußerst billig,
Waschseife (Hart u. Rößler) **200 gr Stück nur 20 ₰**
bei 5 Stück nur 95 ₰.
Gesichtsseife 7 Stück à 80 gr nur M 1.—,
Schmierseife, Seifenpulver, Persil usw. äußerst billig,
Marmeladen: fft. Zwetschgen Pfd. **nur 52 ₰**, 4-Frucht Pfd. **nur 45 ₰**
— gar. mit Zucker —
Kaffee, Tee, Schokolade, Gemüsekonserven, div. Weine,
immer noch zu den bekannten billigen Preisen unserer früheren Angebote!
Decken Sie sich rechtzeitig ein
und beachten Sie vorher unsere Preise in den Schaufenstern!
Löwen-Drogerie Gebr. Benz
838 **Nagold und Ebhausen.**

Bestellen Sie sofort

bei Buchhandlung Zaiser, Nagold.

Gesangbücher in dauerhaftem Einband mit Noten bei **G. W. Zaiser.**

Stempel aller Art
liefert schnellstens
G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.

Mode-Führer
mit grossem Schnittbogen
Sommer 1924
vorrätig in der **Buchhandlung Zaiser.**

Nagold.
Samstag u. Sonntag

Metzelsuppe.
Gasthaus zum Ochsen. 834

Reißzeuge
in einfacher bis bester Ausführung, ebenso
Ersatzteile
empfiehlt 624
Fr. Günther, Nagold
Uhrmacher, Tel. 141.

Gesucht wird ein
Mädchen
nicht über 18 Jahre bei guter Behandlung und Bezahlung per sofort.
Franz Hodapp
zu den 3 Mohren
626 **Pforzheim**
Enzlingerstr. 37, Tel. 983.

Die Zeitungs-Reklame ist die wirkungsvollste und billigste Art der Werbung, weil sie beachtet wird, wenn der Leser in Ruhe ist und Zeit dafür hat.

Ruffs Qualitäts-Tabak weltbekannt
garantiert rein überseeisch, in 50, 100 u. 500 Gr.-Pkg. Die Ware ist einwandfrei u. wird bei Nichtgefallen anstandslos zurückgenommen.
Grobschnitt Inlandrauch pr. Pfd. M 1.50
Mittel „ Virginia „ „ „ 1.80
Fein „ „ „ „ „ 1.50
versendet von 5 Pfd. an franko Nachnahme od. geg. vorherige Kasse. 826
Otto Ruff jr., Tabakfabrik
Bruchsal i. B. Nr. 68

S. V. N.
1911
Nagold.
Samstag 15. 3. 24
abends 8 Uhr Anker
Generalversammlung
bei der die Tagesordng. bekanntgegeben wird.
Der Vorstand.

Gefunden
wurde ein
Geldtäschchen
mit Inhalt.
Abzuholen gegen Entrückungsgebühr bei
Karl Rauser,
Metzgermeister, Bahnhofstr.

Kohlepapiere
Farbbänder
G. Köbele, Nagold
Fernspr. 126.

Entlaufen
ist mir mein schwarzer

Dackel
auf den Namen „Seppel" gehend. 827
Abzugeben im Elektrizitätswerk.

Buchen- u. Nadel-Brennholz
für meine Detailgeschäfte zu kaufen gesucht.
Wilhelm Lauxher,
Erbensbach-Württ.
Telef. Wolfach 20

heute an abend 8 Uhr
Gesamtprobe.

Nagold. 839
Zirka 15 Zentner
Weizenstroh
hat zu verkaufen
Häußler, Waldschütz

Saiten u. Zubehör
Saitenstimmer „Fix"
Notenhefte
Notenpapier
empfiehlt
Buchhdlg. Zaiser.

Nagold. 828
Einen gebrauchten

Divan
(bereits neu)
hat im Auftrag zu verkaufen
Karl Hölzle, Sattlerei und Tapeziergeschäft.

3 Ziegen

mit den Jungen
setzt vom Sonntag an dem Verkauf aus.
Fischmeister Nahler
837 **Rohrdorf.**

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw